Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Stellungnahme zu Fragen des Bildungsausschusses

Bezug: Abschließende Beratung des Berichts der Landesregierung über Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein (Schreiben des Bildungsausschusses v. 27.9.2011)

- 1. Die Landesregierung schreibt in ihrem Bericht, dass ein mit Bundesmitteln gefördertes Projekt in Schleswig-Holstein nur gelingen könnte, wenn es einen gemeinschaftlichen Ansatz aller Gedenkstätten gibt. Wie möchte die Landesregierung bzw. die Bürgerstiftung diese Zielsetzung abgesehen von einer gemeinsamen Außendarstellung erreichen?**

Auf der Basis des von dem Historiker Dr. Harald Schmid im Auftrag der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten erstellten Gedenkstättenkonzepts und nach eingehender Beratung im Vorstand und mit dem wissenschaftlichen Beirat hat sich die Bürgerstiftung inzwischen dazu entschieden, diesen gemeinschaftlichen Ansatz mittels mehrerer, zeitlich gestaffelter Teil-Projektanträge an den Bund zu realisieren. In einem ersten Schritt soll 2012 ein gemeinsamer Antrag auf Projektmittel des Bundes (hälftige Ko-Finanzierung von Bund und Land) für die Gedenkstätten Ladelund und Husum-Schwesing gestellt werden. Hauptgründe für die Auswahl dieser Gedenkorte sind zum einen die enge historische Verbindung beider Außenlager des KZ Neuengamme, zum anderen pragmatische Überlegungen mit Blick vor allem auf Ladelund, die im Grunde einzige erfolgreiche und über die Landesgrenzen hinaus einigermaßen bekannte KZ-Gedenkstätte Schleswig-Holsteins. Für 2013 ist ein weiterer Antrag geplant. – Dabei muss grundsätzlich betont werden: Eine Ko-Finanzierung des Bundes ist kein Selbstläufer, es gibt keinen Verteilungsschlüssel o.ä., mit dem die Mittel auf die Länder verteilt werden, vielmehr ist eine Bewilligung seitens des Bundes an diverse Kriterien gebunden. Eine *Conditio sine qua non* ist in diesem Zusammenhang die verbindliche Zusage des Landes als Antragssteller, mindestens die Hälfte der beantragten Mittel selbst aufzubringen (ggf. auch ergänzt z.B. durch kommunale oder kirchli-

che Mittel); zudem ist die Erfüllung der inhaltlichen respektive historischen Bewilligungsvoraussetzungen angesichts der schleswig-holsteinischen Rahmenbedingungen eine hohe Hürde.

2. Welche Möglichkeiten gibt es für ein Engagement des Bundes (z.B. gemeinsam mit Hamburg KZ-Gedenkstätte Neuengamme)?

Da eine institutionelle, über die gegenwärtig vom Bund geförderten Gedenkstätten hinausgehende Förderung definitiv ausgeschlossen ist, beschränkt sich die Rolle des Bundes auf eine mögliche Ko-Finanzierung im Rahmen zeitlich begrenzter Projektförderung. Eine direkte Verknüpfung mit der KZ- Gedenkstätte Neuengamme ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, so auch die dezidierte Auskunft des Leiters der Gedenkstätte, Dr. Detlef Garbe, der sowohl Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bürgerstiftung ist als auch im maßgeblichen Expertengremium, das den Kulturstatsminister in Gedenkstättenfragen berät und die Anträge auf Projektförderung begutachtet.

3. Ist die geplante Stelle bei der Bürgerstiftung bereits besetzt? Wenn nein, wann soll dies geschehen? Wenn ja, welche Hauptaufgaben sind zu erfüllen?

Nein, die Stelle ist noch nicht besetzt. Der Vorstand der Bürgerstiftung hat in seiner Sitzung am 20.9.2011 beschlossen, diese Stelle ab dem 1.1.2012 zu besetzen (halbe Stelle, befristet zunächst auf ein Jahr). Hierzu müssen zunächst die förderrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Hauptaufgaben werden darin liegen, zuvorderst den avisierten Projektantrag für die Gedenkstätten in Ladelund und Husum-Schwesing in Absprache mit den jeweiligen Trägern der Einrichtungen zu erstellen (Abgabefrist Ende September 2012), ferner sollen ab etwa Mitte 2012 die pädagogische Vermittlungsarbeit gestärkt und ein weiterer Projektantrag für 2013 vorbereitet werden. Im Übrigen soll die betreffende Person als zentraler Ansprechpartner für die Gedenkstätten in Schleswig-Holstein fungieren.

4. Sind bereits weitere Anträge Schleswig-Holsteins an den Bund (Einrichtung für Gedenkstätten zum Nationalsozialismus) in Arbeit oder abgegeben?

Nach Kenntnis der Bürgerstiftung sind weitere Anträge an den Bund weder in Arbeit noch bereits abgegeben worden.

5. Wann liegt das Konzept der Bürgerstiftung für die mittelfristige Planung einer Gedenkstättenkonzeption für Schleswig-Holstein vor?

Der Vorstand der Bürgerstiftung hat dem Konzept (siehe Punkt 1) am 20.9.2011 zugestimmt. Gegenwärtig wird der Entwurf des Konzepts mit den Trägern der einzelnen Gedenkstätten und weiteren Akteuren diskutiert, so bei einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am 11.11.2011 im Schloss vor Husum, an der Vertreterinnen und Vertreter der Gedenkstätten teilgenommen haben. Stiftungsrat und Stiftungsversammlung werden das Konzept in ihrer gemeinsamen Sitzung am 5.12.2011 ebenfalls erörtern. Anschließend wird die Bürgerstiftung das Konzept dem Landtag, der Landesregierung und den politischen Parteien überreichen.